



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG 2019

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT

GENDER-GLEICHBERECHTIGUNG AUF POLITISCHER EBENE

LEA LEVENHAGEN¹

EINLEITUNG

„Die Quote war wichtig, aber das Ziel muss Parität sein, Parität überall“, diesen Satz äußerte Kanzlerin Angela Merkel in ihrer aktuellen Rede zum 100. Jahrestag des Frauenwahlrechts. Sie kritisierte, es seien zu wenige Frauen in Führungspositionen der Politik und Wirtschaft vertreten. Trotz der



rechtlichen Gleichstellung von Frauen in den meisten Staaten, sieht die Praxis oftmals gänzlich anders aus. Obwohl nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung weiblich ist, erreichen nur die wenigsten Staaten einen Anteil von 30% und kaum Staaten über 50% an Frauen in den nationalen Parlamenten. In einigen Ländern leiden Frauen nicht nur an Unterrepräsentation, sondern nach wie vor an Gewalt und Missbrauch. Fraglich ist, weshalb solche Unterschiede zwischen Mann und Frau existieren und welche Maßnahmen zu einer Verbesserung dieses Zustandes führen könnten.

¹ l.levenhagen@munbw.de



HINTERGRUND UND GRUNDSÄTZLICHES

Grundsätzlich beschreibt der Begriff Gender Equality den Prozess der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung zwischen den Geschlechtern. Den verschiedenen Geschlechtern sollen somit dieselben Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Eine gleiche Repräsentation in der Politik, insbesondere in Entscheidungspositionen, bieten vielerlei Vorteile für die Regierungsarbeit eines Landes. Durch verschiedene Lernprozesse in der Jugend betrachten Frauen Sachverhalte oft gänzlich anders als Männer. Nicht besser, aber anders. Dementsprechend verändert sich die Diskussionskultur, wenn Frauen stärker repräsentiert sind. Sie finden insbesondere in Fragen der Kinder- und Familienbetreuung einen anderen Zugang, da eigene Erfahrungswerte hierbei eine große Rolle spielen. Zudem setzen sie sich innerhalb einer Regierung häufig stark für die Rechte von anderen Frauen ein. Eine gleiche Repräsentation würde dementsprechend mehr frauenfreundliche Gesetzesentwürfe hervorbringen. Natürlich gilt es, an dieser Stelle zu erwähnen, dass sich auch Männer für eine frauenfreundliche Politik einsetzen. Dennoch muss dieser Einsatz durch eine höhere Repräsentation von Frauen innerhalb der Parlamente noch verbessert werden.

Fraglich ist, inwiefern eine solche Gleichstellung auf politischer Ebene stattfindet. Dies soll zunächst am Beispiel von Deutschland ergründet werden. Seit dem 22. November 2005 regiert in Deutschland mit Angela Merkel erstmals eine Kanzlerin und auf Ebene der Bundesländer regierten in der letzten Legislaturperiode zwei Frauen. Dennoch gilt die Politik nach wie vor auch in Deutschland als "Männerdomäne".

In Deutschland scheinen bereits die einzelnen politischen Parteien eine geringe Attraktivität auf Frauen auszuüben. Im Jahre 2009 fanden sich unter den insgesamt knapp 1,4 Millionen Parteimitgliedern lediglich 386.000 Frauen. Das entspricht einem Frauenanteil von $\frac{1}{4}$.

Der Frauenanteil in den einzelnen Parteien unterscheidet sich jedoch deutlich, bleibt aber dennoch immer unter 50%.

Betrachtet man die parlamentarische Ebene, also die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, zeigt sich eine erschreckende Diskrepanz.

Obwohl Frauen rund die Hälfte der Bevölkerung darstellen, sind nur rund 30,7% der Abgeordneten weiblich. Seit 1998 (30,9%) hat sich dieser Wert demnach sogar verschlechtert.

Weltweit sind derzeit nur acht Frauen an der Regierungsspitze von Staaten, also beispielsweise im Amt der Präsidentin. Dies entspricht einem Wert von 6%. Außerdem sind nur 13 von 193 Regierungschef*innen weiblich. In den Nationalparlamenten sind weltweit 21,8 % der Abgeordneten Frauen.

Deutschland bewegt sich dabei im Vergleich im oberen Mittelfeld auf Platz 22. Führend ist das Parlament Ruandas mit knapp 64%. Eine Quote schreibt dort einen Anteil von 30 Prozent Frauen der Delegierten auf allen Verwaltungsebenen vor. Genderfragen werden dort nicht nur



im Genderministerium behandelt, sondern auch in Angelegenheiten von Budget, Bildung, Landwirtschaft und Infrastruktur berücksichtigt. Die USA hingegen erreichen lediglich Rang 83. Schlusslicht ist der pazifische Raum, in dem durchschnittlich nur 13,4 Prozent der Parlamentsmitglieder weiblich sind.

Politische Gleichstellungsbemühungen legen diese Missstände zu Grunde und lassen erkennen, dass die rechtliche Gleichstellung nicht ausreicht, um diese faktisch zu erreichen. Dementsprechend fördern unter anderem die Vereinten Nationen weitere Maßnahmen, um die herrschenden Zustände zu verbessern.

AKTUELLES

Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von



Diskriminierung der Frau, abgekürzt „Frauenkonvention“ oder CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women) wurde am 18. Dezember 1979 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und trat schließlich am 3. September 1981 in Kraft.

Die Konvention wurde hauptsächlich auf Initiative von Frauenorganisationen aus Afrika, Lateinamerika und Asien hin verabschiedet. Bisher haben 189 Staaten das Übereinkommen ratifiziert. Diese hohe Zahl an Unterzeichnern darf allerdings nicht rundum positiv stimmen. Viele der Staaten unterzeichneten nur mit Vorbehalten und halten sich nicht an alle Artikel der Vereinbarung. In der Konvention kommen die Vertragsstaaten überein, möglichst schnell politische Maßnahmen zu ergreifen, um die Geschlechter gleichzustellen. Außerdem wird die Diskriminierung von Frauen scharf verurteilt und gleichzeitig soll die Gleichstellung von Frauen in der Politik, sowie die politische Teilhabe von Frauen durch das Abkommen gefördert werden. Zwar waren Frauen schon zuvor durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vor Diskriminierung durch das Geschlecht geschützt, doch die CEDAW erweitert die Verantwortlichkeit der Vertragsstaaten für Rechtsverletzungen auf nicht-staatliche Akteure, wie beispielsweise Unternehmen oder den privaten Raum.

Die Vereinten Nationen besitzen zudem zwei Einrichtungen, die sich für die Gleichstellung von Frauen einsetzen. Die Frauenrechtskommission (FRK) ist das zentrale Organ der Vereinten Nationen im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie wurde 1946 als Kommission des UN Wirtschafts- und Sozialrates eingesetzt. Die FRK setzt sich für die Förderung von Frauenrechten ein: Diskriminierende Gesetzgebungen sollen verändert, die Kodifizierung von Frauenrechten hingegen stark unterstützt werden.

Die Einrichtungen der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen, UN Women, wurde am 2. Juli 2010 einstimmig von der Generalversammlung beschlossen. UN Women setzt sich für eine höhere Präsenz von Frauen in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen weltweit ein. Mit dem Fonds für die Gleichstellung der Geschlechter (Fund for Gender Equality) unterstützt UN Women ein breites Spektrum an Programmen zur ökonomischen und politischen Stärkung



von Frauen und Mädchen.

In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der UN, steht außerdem als fünftes Ziel die Geschlechtergleichheit festgeschrieben.

PROBLEME UND LÖSUNGSANSÄTZE

Die obig kurz zusammengestellte Bestandsaufnahme wirft die Frage auf, weshalb Frauen nach wie vor sowohl im Globalen Süden, als auch im Globalen Norden in politischen Belangen weit unterrepräsentiert sind.

Repräsentative Umfragen weltweit ergeben immer wieder: Frauen interessieren sich deutlich weniger für das institutionalisierte politische Geschehen (Parteimitgliedschaft; Parteifunktionen etc.) als Männer. Da ein solches Interesse jedoch als Grundvoraussetzung für politisches Engagement gelten kann, könnte an dieser Stelle ein Grund für die deutliche Unterrepräsentation von Frauen zu erkennen sein. Ähnlich der wirtschaftlichen Problematik haben Frauen häufig größere Probleme, sich im parteiinternen Kampf um Führungspositionen durchzusetzen. Außerdem fallen die umfangreichen Verpflichtungen bei der Kinderbetreuung und Haushaltsführung öfter Frauen als Männern zu. Dies ist in vielen Staaten auf eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Frau und Mann zurückzuführen. An diesem Punkt stoßen auch sogenannte Frauenquoten an ihre Grenzen. Sie verändern zwar parteiinterne Nominierungsmuster zugunsten von Frauen, nicht aber die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Parteien müssten also stärker in die Verantwortung gezogen werden. Möglichkeiten zur Kinderbetreuung könnten beispielsweise den Zugang für Frauen erleichtern.

Eine weitere Problematik stellt die Darstellung von Politikerinnen in den Medien dar. Eine Untersuchung von Holz-Bacha/König-Reiling aus dem Jahre 2008 beispielsweise zeigt: Die mediale Darstellung von Politikerinnen entspricht nicht der von Politikern. Zum einen wird deutlich weniger über Frauen in der Politik berichtet, zum anderen ist diese oftmals mit einer Darstellungsweise verbunden, die sich auf geschlechtertypische



Rollen bezieht. Dies vermittelt den Eindruck, Politikerinnen seien weniger Ernst zu nehmen als ihre männlichen Kollegen. Werden Frauen auf ihr Aussehen oder ihr Privatleben reduziert, rückt die politische Sachdiskussion dabei in den Hintergrund.

Sollen in der Politik Männer und Frauen gleichermaßen repräsentiert werden, müssen verschiedene Lösungsstrategien verfolgt werden. Eine Maßnahme wäre, dass Parteien die Mitgliedschaft und das politische Interesse von Frauen mehr umwerben und fördern könnten. Auch kann weiterhin am Blick der Gesellschaft auf die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau gearbeitet werden. Auch die Sensibilisierung der Medien für diese Problematik wäre ein Lösungsansatz.

In den einzelnen Nationalstaaten wird weiter an Lösungsstrategien für mehr Gleichberechtigung gearbeitet. So existiert in Deutschland beispielsweise eine Frauenquote, um den Frauenanteil in Führungspositionen innerhalb der Wirtschaft zu erhöhen. In Irland gilt ein Paritätsgesetz für ähnliche Quoten innerhalb der Politik. Allerdings werden zu dieser nicht nur Vor- sondern auch Nachteile diskutiert. So wird angeführt, die Chancengleichheit würde durch Quoten eher erniedrigt, denn Männer dürften bei gleicher Eignung nicht wegen einer Quote benachteiligt werden. Die ruandische Frauenquote für die Aufstellung von Kandidatinnen in Parteien scheint eine positive Wirkung zu zeigen. Durch einen „best-practice“ Austausch zwischen den einzelnen Staaten, könnten gut funktionierenden Methoden untereinander diskutiert und somit besser eingesetzt werden.

In manchen Staaten, zumeist des Globalen Südens, treten wie einleitend erwähnt weitere erschwerende Faktoren auf. So sind Frauen in einigen Fällen völlig entrechtet, unterstehen ihren Ehemännern, sind Gewalt und Missbrauch ausgeliefert. Insbesondere in diesen Staaten könnten mehr Frauen in der Regierung Verbesserungen für ihre Mitbürgerinnen erreichen. Eine Quote, ähnlich der Ruandas könnte hier Abhilfe schaffen. Auch in Deutschland und anderen Staaten des Globalen Nordens ist Gewalt an Frauen ein akutes Problem. Diese wird oftmals verschwiegen und Frauen leiden im Stillen. Die UN arbeitet daher gemeinsam mit der



Europäischen Union an einer neuen, globalen, mehrjährigen Initiative, um die Rechte von Frauen zu stärken. Diese soll sich vor allem darauf fokussieren, Gewalt jeglicher Form gegen Frauen vorzubeugen und diese zu verhindern. Die Europäische Union wird zu diesem Projekt 500 Millionen Euro beisteuern. In Form eines Funds, überwacht durch die UN, sollen Gelder für Projekte zum Wohl von Mädchen und Frauen gesammelt werden. Das Stärken der Frauenrechte bildet in diesem Kontext die grundlegende Voraussetzung für ihre politische Teilhabe.

Genauso ist das Vorlegen von Berichten über die Umsetzung des CEDAWs im vierjährigen Abstand verpflichtend. Es muss dargelegt werden, inwiefern die einzelnen Vereinbarungen im jeweiligen Staat umgesetzt wurden. An dieser Stelle gilt es zu überlegen, welche Reaktionen zukünftig bei einer Nichteinhaltung der Vereinbarungen durch die UN angemessen wären. Problematisch ist hier, dass einige Staaten das CEDAW nur unter Vorbehalten unterzeichneten. Einige Passagen werden also bewusst nicht eingehalten. Auch hier stellt sich die Frage, inwiefern ein solches Verhalten verändert werden könnte.

PUNKTE ZUR DISKUSSION

- Stellen Quoten eine gute Möglichkeit dar, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen? Sind solche Quoten gerecht? Wie verhält es sich mit Paritätsgesetzen?
- Auf welche Weise könnte das Interesse von Frauen an Politik gefördert werden?
- Wie können Parteien ihre Attraktivität für Frauen steigern?
- In welchen Punkten können Staaten, in denen bereits ein hohes Maß an Gleichberechtigung erreicht ist andere Staaten unterstützen, um die dortige Situation zu verbessern?
- Wie kann Gewalt gegen Frauen besser vorgebeugt werden, um die Grundvoraussetzung für ihre politische Teilhabe zu schaffen?



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

WICHTIGE DOKUMENTE

- UN Women: Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women General Assembly resolution 34/180; 18.12.1979 <https://bit.ly/1jEADx3>
- United Nations Sustainable Development Goals: Gender Equality: Why it matters. <https://bit.ly/2PUyztw>
- The United Nations Minimum Set of Gender Indicators; A product of the Inter-agency and Expert Group on Gender Statistics; United Nations Statistics Division, 01.11.2018 <https://bit.ly/2FjsmTT>

QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE LINKS

Bundeszentrale für politische Bildung:

Frauen in der Politik. 05.11.2009

Link: <https://bit.ly/2lOmWPj>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Gleichstellung im Rahmen der Vereinten Nationen; 24.04.2018

Link: <https://bit.ly/2QBJFAG>

Hannover, Irmela; Birkenstock, Arne:

Familienbilder im Fernsehen ;Familienbilder und Familienthemen in fiktionalen und nicht fiktionalen Fernsehsendungen

Marl, 2005

Khanna, Pooja/ Kimmel, Zachary:

Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (CEDAW) for Youth; 2016

Link: <https://bit.ly/2DHILB0>



Klein, Josef:

Benachteiligung der Frau durch das generische Maskulinum – eine feministische Schimäre oder psycholinguistische Realität? In: Norbert Oellers (Hrsg.): Germanistik und Deutschunterricht im Zeitalter der Technologie: Selbstbestimmung und Anpassung.

Tübingen 1989

United Nations Development Programme:

Gender Equality

Link: <https://bit.ly/2HijlX4>

UN Women; Expert Group Meeting Report & Recommendations:

Violence Against Women in Politics; New York 08.-09-03.2018

Link: <https://bit.ly/2CyYwZn>

UN Women:

Die Situation von Frauen in der Politik.

Link: <https://bit.ly/2DD15ct>

United Nations Sustainable Development Goals:

Goal 5: Achieve gender equality and empower all girls and women

Link: <https://bit.ly/2q90yr9>

United Nations;

United for Gender Parity

Link: <https://bit.ly/2yA5T0S>

